

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmitz
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 opbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB kommentiert die Attacken auf den Rundfunk-Journalisten Franz Alt: Konservative gehen unverschämt mit dem Grundrecht der Meinungsfreiheit um. Seite 1

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, zu den Unions-Attacken gegen die Ostermärsche: CDU und CSU wecken Zweifel an ihrem Engagement für Abrüstung. Seite 3

Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten: Neonazismus erfordert Wachsamkeit aller Demokraten. Seite 4

Klaus Kirschner MdB zeigt, wie die "geistige und moralische Erneuerung" auf die Behindertenpolitik durchschlägt: Exemplarische Gegenreform. Seite 6

38. Jahrgang / 64

5. April 1983

So stirbt die Freiheit scheinbarweise

Die Rundfunkräte hebeln die Verfassung aus

Von Egon Lutz MdB

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." So Artikel 5, Absatz 1 des Grundgesetzes. Die Verfassungsväter haben damit ein Grundrecht postuliert, ohne das Demokratie nicht erlebbar und vollziehbar wird. Und sie haben - vorsichtig wie sie waren - genau ungeschrieben, wann dieses Grundrecht eingeschränkt werden darf. Dies in Absatz 2 des Artikels: "Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre."

Klare Worte, eindeutige Bestimmungen. Der Wille der Verfassungsväter ist so wenig mißdeutbar wie das Grundrecht, das sie postuliert haben. Aber - und das ist leider auch die Wirklichkeit - es gibt kaum ein Grundrecht, das in der politischen Wirklichkeit so verkommen ist wie der Artikel 5. Nicht die Gesetze, die es hätten einschränken können, geben zur Sorge Anlaß, sondern die Gremien in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, die in skandalöser Weise den Satz: "... die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film (was natürlich auch Fernsehen heißt) werden gewährleistet, eine Zensur findet nicht statt" zur Verfassungsfarce degradierten.

Das Beispiel des CDU-Mitglieds und "Report"-Moderators Franz Alt belegt wieder einmal, wie unverschämt die Konservativen mit einem Grundrecht umgehen. Es spricht nicht für die Kollegen der schreibenden Zunft, daß sie nicht



einmal vernehmlich protestieren, wenn die Mißachtung eines Verfassungspostulats, ihres Grundrechts, vor aller Öffentlichkeit praktiziert wird. In den 50er und 60er Jahren hätten die Journalisten über alle Parteigrenzen hinweg Alarm geschlagen und die Rundfunk- und Fernsehräte wären dadurch vor schlimmen Verfassungsbrüchen bewahrt worden. Heute berichten die Kollegen andachtsvoll, wenn ein Grundrecht geknebelt wird. Bis sie selbst geknebelt werden, muß man leider hinzufügen.

Da maßt sich der Fernsehausschuß des Südwestfunks an, einen sehr informativen Beitrag als "nicht sendereif" zu erklären. Da geifert der Generalsekretär der CSU, er werde sich für eine offizielle Beanstandung durch den Rundfunkrat einsetzen - und in den Zeitungen wird allenfalls mitgeteilt, daß es da Wirbel gab. Kein Wort gegen die unglaubliche Frechheit, dem Fernsehpublikum die ungehinderte Information zu beschneiden. Kein Aufschrei gegen diese schon gar nicht mehr kaschierte Form der Zensur.

Friedrich Dürrenmatt, der Schweizer Dramatiker, hat einmal seinen Landsleuten an ihrem Verfassungstag mitgeteilt, die Freiheit sei wie ein Schwert, wenn man es nicht gebrauche, setze es Rost an und werde schartig, also sei Freiheit nur dann etwas wert, wenn sie gelebt werde. Dürrenmatt wäre nach den Grundsätzen unserer Rundfunk- und Fernsehräte nicht mehr sendereif. Denn die Strammsteher in den Anstalten, die Ausgewogenheitsschwätzer und Stichwortgeber sind die Einzigen, die noch Gnade vor den Räten finden. Die Abhalfterung der Dürrenmatts wäre zudem den Kollegen in den Printmedien allenfalls noch eine Personalie wert.

Diese Republik hat eine der faszinierendsten Verfassungen, die sich ein Demokrat vorstellen kann. Und die windigsten Demokraten, wenn es darum geht, die Verfassung zu schützen. So stirbt die Freiheit "nur" scheinbarweise. Aber sie stirbt.

(-/5.4.1983/ks/rs)

+ + +



Die Union und die Ostermärsche

CDU und CSU weckten Zweifel an ihrem Engagement für die Abrüstung

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Ostermärsche haben ihrer Zielsetzung entsprochen: Es waren ganz überwiegend friedliche Kundgebungen für den Frieden, die in diesem Jahr in auffälliger Weise mitgetragen wurden vom Engagement gewerkschaftlicher und kirchlicher Gruppen. Sie unterschieden sich damit übrigens nicht von den Friedensmärschen in anderen Teilen Europas und in den USA. Was sich auf den Straßen und Plätzen unserer Kontinente abspielt, ist die Konsequenz der bisherigen Erfolglosigkeit der Abrüstungspolitik.

Im nachhinein haben die Demonstranten in der Bundesrepublik die Sprecher der Unionsparteien, von Spranger bis Wiesheu und von Geißler bis Mertes, noch einmal beschämt. Deren Versuche, zigtausende von Bundesbürgern als Handlanger Moskaus hinzustellen, gewissermaßen als Ansammlung von Kommunisten und deren "idealistische", nützliche Idioten, sind von der Lebenswirklichkeit in unseren Großstädten ad absurdum geführt worden.

Die diffamierenden Äußerungen von CDU und CSU legen nicht nur eine bemerkenswerte Unfähigkeit zur Differenzierung bloß: Was sind das für Politiker, die sich in Sonntagsreden auf Voltaires "Freiheit des Andersdenkenden" berufen, um anschließend hinzugehen und den Andersdenkenden an den Pranger kommunistischer Umtriebigkeit zu stellen? Wer so handelt, der kann sich den Stolz auf die in unserem Land verbriefte Meinungs- und Demonstrationsfreiheit im Grunde sparen!

Und: Welchen politischen Sinn soll es eigentlich machen, die Friedensbewegungen ohne jede Not als Instrumente Moskaus hinzustellen? Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien müssen sich sagen lassen: Wer den von den meisten Initiativen, Aktionen und Demonstrationen dokumentierten Willen für Abrüstung in Ost und West als gegen sich gerichtet hinstellt, der weckt Zweifel an seinem eigenen, unbedingten Engagement für die Abrüstung.

Tatsächlich erweckt die Bundesregierung mit ihren öffentlichen Äußerungen den Eindruck, daß sie das gemeinsame Ziel der Parteien, den NATO-Doppelbeschluß als Hebel für eine Kehre- eine "Wende", wer will - in der Rüstungspolitik zu benutzen, in Wahrheit längst (und Monate vor Schluß der Genfer Verhandlungen) aufgegeben hat. Sie scheint bereit, sich auf jede, wie immer geartete "Zwischenlösung" in Genf, so es überhaupt dazu kommt, einzustellen.

Wenn dies richtig ist, machen die Vorurteile der CDU/CSU über die Oster-Demonstranten Sinn. Aber sie würden auch deutlich machen, daß die Bundesregierung dabei ist, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu vernachlässigen, nämlich nach Kräften mitzuwirken, daß die Propagandafrenten in Genf endlich durchbrochen werden, und den Verhandlungspartnern die deutsche Interessenlage in aller Eindringlichkeit vor Augen zu führen, an deren Eindeutigkeit kein Zweifel sein dürfte: einen so radikalen Abbau sowjetischer Raketen zu bewirken, daß eine Aufstellung neuer amerikanischer Raketen auf unserem Territorium überflüssig wird.

(-/5.4.1983/ks/rs)

+ + +



Wotans Erben

Angeichts des Neonazismus ist die Wachsamkeit aller Demokraten geboten

Von Heinz Putzrath

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

Zu den neonazistischen Organisationen hat sich eine neue gesellt. Es ist der "Ehrenbund Rudel". H.U. Rudel, höchstdekoriertes Flieger ist vor kurzem gestorben und sein Begräbnis wurde zu einer erschreckenden Demonstration der Unbelehrbaren und neuen Erben des NS-Regimes. Rudel machte aus seiner Sympathie für das untergegangene Dritte Reich keinen Hehl. Darum wurde er von allen Neonazis verehrt. Der nach ihm benannte "Ehrenbund" fordert denn auch die "absolute Gleichbehandlung für ehemalige Angehörige der Waffen-SS. Jede Schlechterstellung und Benachteiligung, der diese Männer seit 1945 ausgesetzt sind, hat zu unterbleiben; für entstandene Schäden ist Wiedergutmachung zu leisten."

50 Jahre nach Hitlers Machterschleichung, 40 Jahre nach der blutigen Vernichtung des Warschauer Ghettos sollen die Kopffäger den Opfern des NS-Regimes gleichgestellt werden. Materielle und ideelle Forderungen des "Ehrenbund Rudel" gleichen der HIAG, die an den Pfingsttagen in Bad Hersfeld ihr Jahrestreffen durchführen wird.

Erfreulicherweise wächst die Erkenntnis, daß der Neonazismus bekämpft werden muß. Das war nicht immer so. Noch vor wenigen Jahren, als die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten und andere auf bedenkliche Entwicklungen hinwiesen, wurden neonazistische Aktionen von der Mehrheit der konservativen Politiker und ihrer Medien bagatellisiert. Heute aber kann man die Vielzahl rechtsextremistischer Verbände, Zeitungen und Zeitschriften ebensowenig übersehen wie ihre zum Teil spektakulären Aktionen. (München, Attentate auf jüdische Einrichtungen, Anschläge gegen Ausländer und so weiter).

So schwerwiegend dies ist, so sollte man nicht daraus schließen, daß der Bestand der Bundesrepublik in Gefahr ist. Dem ist nicht so. Aber das Ausbleiben der geistigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den vergangenen 35 Jahren macht sich bemerkbar. Dieses Versäumnis kann nicht aufgeholt werden, doch es erklärt, warum in der rechtsextremistischen Szene der Anteil der Jugendlichen besonders hoch ist.



Die wachsende Aggressivität der Neonazis kann nur im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre gesehen werden. Auch in der Weimarer Republik war das Millionenheer der Arbeitslosen nicht die alleinige Ursache für den Zulauf zu Hitlers Bewegung, aber ein wichtiger Faktor. Ebenso kann auch jetzt die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, einen Nährboden für rechtsextreme Bewegungen bilden. Eine weitere akute Gefahr ist die Ausländerfeindlichkeit, die durch wirtschaftliche Schwierigkeiten gefördert wird. Geistige Aufklärung über den Neonazismus ist wichtig, die rechtliche Verfolgung seiner Straftaten ist selbstverständlich, entscheidend ist jedoch, die gesellschaftlichen Ursachen seiner Wirkungsmöglichkeiten zu erkennen.

Das parlamentarische Scheitern der NPD, gekoppelt mit neuen politischen und wirtschaftlichen Problemen, schafft eine neue Lage: Jene Kräfte, die gar nicht den Versuch gemacht haben, sich dem Votum der Wähler zu stellen, sondern durch ihre Medien eine völkische, antisemitische und ausländerfeindliche Haltung propagierten, wie zum Beispiel die Deutsche Volksunion und die Deutsche National Zeitung mit ihrer riesigen Auflage, den dazugehörigen Verlagen und ihren Produkten, erhalten Auftrieb. Hier entsteht ein Potential zur Unterminierung demokratischer Ordnungs- und Wertvorstellungen. Wenn dann noch die Sieger vom 6. März 1983 eine geistig-moralische Erneuerung verkünden, entsteht eine politische Grauzone, in der die Konturen zwischen Konservatismus und rechter Reaktion fließend sind.

Wir, die das Ende der Weimarer Republik miterlebt haben, die im Dritten Reich Widerstand leisteten und verfolgt wurden, haben schmerzliche Erinnerungen an diese Zeit. Auch damals wurde der Rechtsextremismus von konservativer Seite unterschätzt oder verkannt. Sie stellte sich seinen Anfängen nicht entgegen, weil sie die Gefahr nur von links sah. Jedoch nicht alles, was links ist, ist kommunistisch ebenso wie nicht alles, was rechts ist, faschistisch ist. Aber die Wachsamkeit aller Demokraten ist heute wieder geboten!

(-/5.4.1983/ks/rs)

+ + +



Eine exemplarische Gegenreform

Wie in der Behindertenpolitik die "geistige und moralische Erneuerung" geprobt wird

Von Klaus Kirschner MdB

In der allseits ausgegebenen Parole zur Politik der Erneuerung im Sinne, daß Sozialpolitik sich nur noch den wirklich Bedürftigen anzunehmen habe, möchte auch der baden-württembergische Sozialminister Schlee nicht zurückstehen. Er hat, laut Zeitungsberichten, erklärt: Das Schwerbehindertengesetz ist grundlegend zu ändern. So sind nach seinen bekannt gewordenen Vorstellungen unter anderem die zusätzliche Urlaubsregelung zu überdenken und die Kündigungsvorschriften für Schwerbehinderte zu ändern. Dies soll geschehen "nicht um dem Behinderten den Schutz wegzunehmen, sondern um ihn überhaupt in die Lage zu versetzen, einen Arbeitsplatz zu bekommen". Mit diesen mehr als durchsichtigen Begründungen wird der Angriff auf das Schwerbehindertenrecht vorbereitet. Kein Wort davon, warum diese Erleichterungen und Verbesserungen geschaffen wurden: nämlich um den Behinderten durch zusätzliche Urlaubstage einen Erholungsausgleich zu geben, und sie mit dem verstärkten Kündigungsschutz besser zu schützen.

Wie will denn der baden-württembergische Arbeits- und Sozialminister angesichts von rund 130.000 arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten bei insgesamt 2,5 Millionen Arbeitslosen für diese Menschen neue Arbeitsverhältnisse schaffen? Da hilft doch kein Aufweichen der jetzigen Schutzgesetze. Es ist doch nach wie vor ein gesellschaftlicher Skandal, daß 73 Prozent der Arbeitgeber ihrer Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte nicht nachkommen. 71.700 Arbeitgeber, das sind 32 Prozent, haben gar keinen Schwerbehinderten beschäftigt. Im Land Baden-Württemberg beträgt die Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten bei den privaten Arbeitgebern nur 4,5 Prozent statt der vorgeschriebenen sechs Prozent.

Hier sollte sich der Arbeits- und Sozialminister darum kümmern, daß die gesetzliche Beschäftigungspflicht erfüllt wird, anstatt den Abbau bestehender Schutzgesetze zu betreiben. Aber was will man von den privaten Arbeitgebern erwarten, wenn das Land nicht schon seine Vorbildfunktion erfüllt: Mit wenig mehr als vier Prozent der Beschäftigung von Schwerbehinderten zahlt man lieber beinahe sechs Millionen DM aus Steuermitteln in die Ausgleichskasse, anstatt der gesetzlichen Mindestbeschäftigungspflicht nachzukommen.

Daß unter solchen Vorzeichen dann diese rückwärts gerichteten Überlegungen geboren werden, verwundert niemanden mehr. Wenn Herr Schlee schon behauptet, daß der verstärkte Kündigungsschutz für Schwerbehinderte ein Beschäftigungshindernis darstelle, dann ist der Schritt nicht weit zur Aufhebung des Mutterschutzes oder des Jugendarbeitsschutzes. Das Land Rheinland-Pfalz hat ja mit einer ähnlich klingenden Formulierung einen entsprechenden Gesetzentwurf schon eingebracht. Vielleicht sind als nächstes dann die Wehrpflichtigen dran oder die Betriebs- und Personalräte und die Jugendvertreter. Alle besitzen einen verstärkten Kündigungsschutz und für manchen Unternehmer ist dies schon lange ein Dorn im Auge. Ihre politischen Handlanger finden sie zur Genüge bei CDU/CSU/FDP.

(-/5.4.1983/ks/rs)

+ + +

